

# Islamdialog: Soziale Fragen drängen in den Vordergrund

*Im Rahmen der Deutschen Islam-Konferenz wird derzeit vor allem über das Thema Wohlfahrt gesprochen. Das „Theologische Forum Christentum Islam“ hat auf seiner Jahrestagung die jeweiligen Perspektiven auf „Armut und Gerechtigkeit“ diskutiert und damit ebenfalls soziale Fragen in den Blick genommen.*

Der islamistische Terrorismus, der die Welt seit dem vergangenen Sommer in Atem hält, in Europa jetzt noch einmal verstärkt nach den Anschlägen von Paris, ist ohne die Religion des Islam nicht zu verstehen. Mindestens so wichtig aber sind auch die gesellschaftlichen Verwerfungen in muslimischen wie in westlichen Staaten, die Nährboden für Extremisten sind. Auch in Deutschland ist dem Phänomen einer steigenden Zahl von salafistisch beeinflussten Jugendlichen ohne die Auseinandersetzung mit der von ihnen empfundenen gesellschaftlichen Diskriminierung nicht zu begegnen (vgl. HK, Mai 2012, 252-256).

Umso wichtiger ist es, dass man sich hierzulande auch im Islamdialog jetzt noch intensiver mit sozialen Fragen beschäftigt, sich staatlich nicht nur konkret um Gefahrenabwehr kümmert, sondern auch dafür sorgt, dass bereits im Vorfeld die Bedingungen verbessert werden, damit beispielsweise Jugendliche nicht in ein gewaltbereites Milieu abgleiten (vgl. HK, Oktober 2014, 519-524).

Unter anderem aus diesem Grund beschäftigt sich auch die „Deutsche Islam Konferenz“ (DIK) in dieser Legislaturperiode vor allem mit den Themen Wohlfahrt und Seelsorge, nachdem in

den früheren Runden neben dem Aufbau des islamischen Religionsunterrichts und Islamischer Zentren an deutschen Universitäten Sicherheitsaspekte eine größere Rolle gespielt haben.

Bundesinnenminister *Thomas de Maizière* hob beim ersten Treffen des Lenkungsausschusses der DIK im Januar hervor, dass soziale Dienstleistungen anzubieten oder in Anspruch zu nehmen, Ausdruck der gesellschaftlichen Teilhabe sei. Der Lenkungsausschuss, der aus Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen sowie zehn muslimischer Dachverbände besteht, ist in dieser Legislaturperiode das höchste Gremium, nachdem man zuvor auch immer wieder in einer größeren Runde zusammenkam; zum Plenum gehörten dabei jeweils auch rund ein Dutzend Einzelpersonlichkeiten.

Nach einer DIK-Studie „Islamisches Gemeindeleben in Deutschland“ bieten Moscheegemeinden und auch die Verbände zwar vielfach Hausaufgabenbetreuung, eine Sozial- und Erziehungs-, gelegentlich auch Gesundheitsberatung an. Jedoch werden diese Leistungen überwiegend ehrenamtlich erbracht, sodass die Kontinuität des Angebots sowie die Qualifikation und Weiterbildung der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum gewährleistet sind. Hier müsse es dringend zur Professionalisierung kommen, so jetzt der Konsens. Einzelne Vertreter der muslimischen Verbände zeigten sich bei jenem Treffen dabei unzufrieden mit der „interkulturellen Öffnung der etablierten Träger der freien Wohlfahrtspflege“, zu denen maßgeblich die Caritas und die Diakonie gehören.

Nachgedacht wird deshalb – nachdem es bereits seit 1917 einen jüdischen Wohlfahrtsverband in Deutschland gibt (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) – über die Möglichkeiten zur Etablierung eines eigenen muslimischen Wohlfahrtsverbands, der sich nicht nur um Jugendliche oder ältere Migranten und deren Nöte angesichts von Pflegebedürftigkeit kümmern solle, sondern beispielsweise auch Flüchtlingshilfe anbieten müsse. Im Hintergrund steht hier natürlich auch die damit einhergehende finanzielle Förderung durch den Staat. Ab dem Sommer will man sich bei der DIK dann zusätzlich auch stärker mit dem Thema Seelsorge befassen.

## Armut als Missstand in Islam und Christentum

Angesichts dieser Entwicklungen trifft es sich gut, dass auch das „Theologische Forum Christentum Islam“ eine Akzentverschiebung der eigenen Arbeit vorgenommen hat. Im vergangenen Jahr wurde bereits angekündigt, in den kommenden fünf Jahren stärker an gesellschaftspolitischen und sozialetischen Fragestellungen arbeiten zu wollen, nachdem man in den ersten zehn Jahren in einem engeren Sinne theologische Fragen traktiert hatte (vgl. HK, Mai 2014, 245-250).

Anfang März stand jetzt „Armut und Gerechtigkeit“ auf dem Programm der Jahrestagung, zu der wieder mehr als 130 Teilnehmer aus 12 Ländern, darunter rund 40 Prozent muslimische Theologen und Theologinnen in die Katholische Akademie in Stuttgart-Hohenheim gekommen sind. Dass sich bei diesem Thema auch die Perspektive des Dialogs wandelt, man hier mehr Seite an Seite schreitet, liegt auf der

Hand. Denn wie auch im Christentum die Gottesliebe ganz eng an die Nächstenliebe geknüpft ist (vgl. Mt 25,31-46), gehört die verpflichtende Sozialabgabe für Bedürftige (Zakat) zu den fünf Säulen des Islam, spielt darüber hinaus das Almosengeben (Sadaqa) eine große Rolle.

Auch im Koran wird die unverschuldete Armut als Missstand angeprangert und die Gemeinschaft in die Pflicht genommen, diese zu bekämpfen. Reichtum impliziert umgekehrt in beiden Weltreligionen immer auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Angeprangert wird jeweils eine Fixierung auf das Irdische: In beiden Religionen gibt es schließlich Traditionen, sich aus religiösen Gründen im eigenen Lebensstil zu bescheiden oder radikal auf Eigentum verzichten, um die rein materielle Interpretation eines guten Lebens zu relativieren – bei aller Gefahr der Sozialromantik beziehungsweise eines überzogenen Askeseverständnisses.

### Abkehr von paternalistischen Deutungsmustern

Berthold Vogel, Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts der Universität Göttingen, sah vor diesem Hintergrund die gemeinsame Aufgabe für Kirchen und Religionsgemeinschaften als Global Player darin, die „weltweit wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen kolossalem Reichtum und eklatanter Armut einzuhegen“. Die normative Kraft der Religion, die Idee der Gemeinschaft, die Haltung der Barmherzigkeit, die absolute Gleichwertigkeit menschlichen Daseins (Stichwort: Gottesebenbildlichkeit) könnten sich hier als Quellen der Solidarität erweisen. Und der evangelische Theologe Gerhard Wegener, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), erinnerte daran, dass moderne Sozialstaaten als Antwort auf die Stigmatisierung Armer in der Neuzeit besonders in lutherisch geprägten Ländern entstanden seien.

Von katholischer Seite wiederum konnte natürlich auch immer wieder auf Papst Franziskus, sein Engagement für die

Flüchtlinge in Lampedusa wie seinen Traum von einer „armen Kirchen für die Armen“ verwiesen werden. Ansgar Kreuzer, Professor für Fundamentaltheologie an der Universität Linz, betonte, dass Armut nicht nur materiell zu deuten sei, sondern auch von den Phänomenen des sozialen Ausschlusses bis hin zur Nicht-Teilhabe an kulturellen Möglichkeiten verstanden werden müsse. Er wendete dies durchaus selbstkritisch: Durch die „spirituelle Aufladung und das paternalistische Ungleichgewicht von Gebern und Empfängern“ habe sich auch in der Kirche zu oft die Aufmerksamkeit für Armut auf die mildtätigen Spender verschoben, die gelegentlich jedoch nur mit ihrer Barmherzigkeit ihre christliche Identität pflegen, ihre Moralität unter Beweis stellen und ihre Ausgangslage beim jüngsten Gericht vermeintlich verbessern wollten. Es brauche deshalb eine Abkehr von solchen paternalistischen Deutungsmustern, die allerdings gerade mit der „innovativen Neufassung der Option für die Armen“ durch Papst Franziskus auch kirchenamtlich auf einem guten Weg sei.

Der Namensgeber dieses Pontifikats, Franz von Assisi, hatte bei der Tagung insofern eine Brückenfunktion inne, als er nicht nur ein Paradebeispiel für die spirituelle Fruchtbarkeit frei gewählter Armut ist, sondern mit seinen Kontakten zu Muslimen friedensstiftend wirkte. Er sei, so Margareta Gruber, Professorin für Neues Testament in Vallendar, eine weitere wichtige Quelle für die gegenwärtigen Diskurse um solidarische Armut und weltweite Gerechtigkeit – zu denen in Stuttgart auch ein eigener Workshop zur Bekämpfung von Frauenarmut als christliche wie muslimische Aufgabe gehörte.

### Mehr Transparenz im muslimischen Spendenwesen

Aber auch auf muslimischer Seite wurde die zentrale Rolle der Armenfürsorge kritisch beleuchtet. Der südafrikanische muslimische Befreiungstheologe Farid Esack beklagte nicht zuletzt mit Blick auf die AIDS-Erkrankungen auf seinem

Heimatkontinent, dass Religionen besser darin seien, das Böse, das Leid und die jeweiligen Konsequenzen zu thematisieren, als sie zu verhindern. Das gelte in Afrika auch für das Thema HIV/AIDS.

Auf der anderen Seite wehrte er sich angesichts der gegenwärtigen Diskussionen über den Islam aber auch vehement dagegen, ihn in erster Linie von der kleinen Minderheit der Extremisten her verstehen zu wollen. Eine gerechte Gesellschaft sei eine unbedingte Norm des Koran, wobei man nicht nur die Marginalisierten der eigenen Religion im Blick haben dürfe. Ganz ähnlich hob Muna Tatari, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Paderborn, im Anschluss an Ibn Taimiya – und mit einem Seitenhieb auf Saudi-Arabien – hervor, dass der gerechte Staat Ungläubiger besser sei als ein ungerechter Staat von Muslimen.

Der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Günter Krings, in dessen Zuständigkeit gleichermaßen die DIK wie die Förderung des Theologischen Forums fällt und der sich jüngst mit anderen CDU-Bundestagsabgeordneten ausdrücklich für

einen mitteleuropäischen Islam ausgesprochen hat, hatte bereits am Beginn der Tagung betont, dass sich die DIK und das Forum komplementär verhielten.

Auch die zu klärenden Fragen muslimischer Wohlfahrt in Deutschland waren in Stuttgart konkret Thema. Moussa al-Hassan Diaw, engagiert im Hilal-Wohlfahrtsverein der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Osnabrück, erinnerte daran, dass im Islam die Stetigkeit und Nachhaltigkeit des Almosengebens eine besondere Bedeutung habe – nicht zuletzt deshalb gebe es das vielfältige Stiftungswesen unter anderem für Waisenhäuser, Schulen und Krankenhäuser, mit denen Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden solle.

Mouez Khalifaoui, Professor für Islamisches Recht an der Universität Tübingen, wies darüber hinaus auf das Paradox hin, dass ein Drittel aller Muslime weltweit arm, während gleichzeitig ein Großteil der reichsten Menschen in der globalisierten Moderne Muslime seien. Das Problem in diesem Zusammenhang bestehe darin, dass innerhalb des Islams

Wohlfahrt oft genug noch an vormodernen Strukturen ausgerichtet und soziale Dienste als Privatangelegenheit verstanden werden, sodass sie nur wenig institutionalisiert sind und einen Mangel an Gerechtigkeit aufweisen. Hier brauche es eine Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Kontexte.

In Deutschland gebe es etwa das Problem, dass Muslime zwar generell hilfsbereit seien und viel spendeten, Hilfsgelder allerdings oft geheim in Moscheen gesammelt würden. Zwar sei anzuerkennen, dass die Forderung, sich als Wohltäter nicht zu erkennen geben zu sollen, ehrenwerte religiöse Gründe habe: Es bestehe aber die Gefahr des Missbrauchs und mangelnder Transparenz. Und während viele muslimische Spenden ins Ausland gingen, dürfe man auch die Bedürftigkeit von Muslimen in Deutschland nicht ausblenden.

Ob bei der Islam-Konferenz oder im Islam-Dialog auf theologischer Ebene: Über die Fragen, was das jeweils im Konkreten bedeutet, werden noch viele Diskussionen notwendig sein. Ein Anfang aber ist gemacht. S.O.